Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Leipzig. Kaden & Komp., Nr. 20613.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementspreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Bringerlohn monatlich 1.00 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 3.00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5.60. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 35 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinsanzeigen. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 116. | Dresden, Dienstag den 22. Mai 1917. | 28. Jahrg.

Alldeutsche Revolutionsdrohung. – Fürst Lwow gegen Waffenruhe im Osten. Ein Riesendampfer versenkt.

Die „Drohung mit der Revolution".

st. Auch der Führer der konservativen Partei, Herr von Heydebrand, hat in seiner Herforder Rede mit gellender Stimme in den Chor der Entrüstung eingestimmt, der Scheidemanns „Drohung mit der Revolution" begleitet. Darum ist es vielleicht nicht uninteressant, die Frage aufzuwerfen, ob diese „Drohung" vereinzelt dasteht und ob sie nur von sozialdemokratischer Seite ausgegangen ist. Aus der Zeit vor dem Kriege erinnert man sich ja ganz gut, daß es zu den beliebtesten Mitteln der Konservativen gehörte, die Krone dadurch grausiich zu machen, daß man ihr die Schrecken einer Revolution in den düstersten Farben an die Wand malte. Berühmt geworden ist das Wort des sächsischen konservativen Vaterland von den „krachenden Thronen".

Indes ist es gar nicht notwendig, in der Erinnerung soweit zurückzuschweifen. Auch während des Krieges haben konservative und Alldeutsche gelegentlich sehr deutlich mit der großen Heugabel gewinkt, um die Regierung ihrer verrückten Kriegszielpolitik gefügig zu machen.

Vor uns liegt, säuberlich gedruckt, ein Briefwechsel, der im Mai 1915 zwischen dem stellvertretenden Vorsitzenden des Alldeutschen Verbandes, General der Kavallerie z. D. Freiherrn von Gebsattel, und dem Reichskanzler geführt worden ist. Der Freiherr schreibt an den Reichskanzler am 5. Mai:

> Euer Exzellenz habe ich die Ehre, im Auftrage des Gesamtvorstandes des Alldeutschen Verbandes eine Zusammenstellung derjenigen Forderungen zum politischen Kriegsziel zu unterbreiten, deren Verwirklichung meinen politischen Freunden und weitesten Kreisen über den Alldeutschen Verband hinaus zur Sicherung unseres Volkes für die Zukunft geboten erscheinen . . . Die Stimmung in den breitesten Kreisen unseres Volkes ist heute verbittert, ja der Verzweiflung nahe; die Ursache dieser mit der Größe unserer Waffenleistung im Widerspruch stehenden Erscheinung zu untersuchen, ist hier nicht am Platze; es sei nur gesagt, daß allzuviel dafür spricht, daß die Reichsregierung das politische Kriegsziel zu eng gesteckt hat, und daß gerade jene treuesten und politisch zuverlässigsten Kreise hierin einen Verzicht auf die Ausnutzung unseres sicheren Sieges erblicken müssen.
>
> **Mein Gewissen gebietet mir, vor einem solchen Verzicht zu warnen, es wäre der verhängnisvollste, politische Fehler, der gemacht werden könnte, und seine nächste Folge wäre die Revolution.**
>
> Dies Wort muß ausgesprochen werden.
>
> Bedenkt man, welch eine Schuldenlast nach dem Kriege auf dem Reiche ruhen wird, so ist es klar, daß die Steuern ins Unerhörte wachsen müssen, wenn das Kriegsergebnis unzulänglich ist. Man versetze sich in die zurückkehrenden Krieger, von denen jeder sich seinen Anteil seine Hoffnungen auf irgendeinen Lohn macht. Statt dieses Lohnes finden sie eine wesentlich gewachsene Steuerlast nach ihrer Heimkehr aus dem Felde. Eine ungeheure Enttäuschung und Erbitterung wird das Ergebnis sein, es wird keinen Halt geben, und das nach solchen Leistungen getäuschte Volk wird sich erheben. Die Monarchie wird gefährdet, ja gestürzt werden. Damit wird das Schicksal unseres Volkes besiegelt sein.

Dieser Aussicht gegenüber empfiehlt dann der alldeutsche General als „Ableitungsmittel" ein Kriegsergebnis, „das stimmungsmäßig unserem Volke genügt, das es mit Stolz und Freude erfüllt." In diesem Sinne empfiehlt er die Kriegsziele des Alldeutschen Verbandes.

Am 13. Mai beantwortete der Reichskanzler diesen Brief. Er lehnt es zunächst ab, auf die Kriegsziele der Alldeutschen einzugehen, die erst „nach der völligen Niederwerfung aller unserer Gegner" gewürdigt werden könnten. Er fährt dann fort:

> Euer Exzellenz wagen auszusprechen, daß die Stimmung in den breitesten Schichten unseres Volkes erbittert, ja der Verzweiflung nahe sei, weil die Reichsregierung das Kriegsziel zu enge gesteckt habe und auf die Ausnutzung unseres sicheren Sieges verzichten würde. Sie Euer Exzellenz weiter nicht davor zurück, auszusagen, daß das nach diesen Leistungen enttäuschte Volk sich erheben und die Monarchie gestürzt würde, wenn nicht als einzig wirksames Ableitungsmittel ein Friede erreicht wird, der die Notwendigkeiten des Volkes nach jeder Richtung hin, das heißt wie der Alldeutsche Verband sie fordert, erfüllt.
>
> Darauf entgegne ich: Ich lasse das Verdienst gelten, das der Alldeutsche Verband durch die Hebung des nationalen Machtwillens und die Bekämpfung der Völker-Verbrüderungsideologie (!!) sich vor und im Kriege errungen hat. Leider aber hat er diesen nationalen Willen mit so viel Mangel an politischer Einsicht verbunden, daß er schon in der Zeit vor dem Frieden das politische Schlagwort des Mieren erschwert und jede Regierung, die sich nicht die Unterschriften zerschlagen lassen will, zu einer Regierschaft gegen sich gezwungen hat.
>
> Der Krieg und seine Erfahrungen haben zwar den nationalen Machtwillen, auf dessen Hebung sich das Existenzrecht des Alldeutschen Verbandes gründet, zum Gemeingut des deutschen Volkes gemacht, den Mangel an politischer Einsicht in den Kreisen des Alldeutschen Verbandes indeß, wie ich dem Schreiben Eurer Exzellenz entnehme, nicht behoben, sondern ins Groteske gesteigert. Die treu-monarchischen Kreise, die Euer Exzellenz vertreten wollen, würden ihre Pflicht gegen die Krone aufs Gröblichste verletzen, wenn sie, statt abzuwarten bis die Regierung den Moment der offenen Sprache für gekommen hält, im Volke eine Unruhe über eine nicht vorhandene, durch nichts bewiesene flaue und kleinmütige Politik zu schüren versuchen. Nach Euer Exzellenz Worten soll diese Unruhe bis zur Erbitterung, ja zur Verzweiflung und zu drohenden Hinweisen auf Revolution gestiegen sein. Hier gibt es nur zwei Möglichkeiten: Entweder ist das wahr, dann trifft die Verantwortung jene, die diese Stimmung durch Mangel an politischem Urteil und nationaler Disziplin schürt haben, statt ihr entgegenzutreten. Oder diese Behauptung ist falsch, dann muß sich in ihr eine Drohung und den Versuch einer Minderheit erblicken, die von der Krone berufenen Leiter der Reichsgeschäfte ihrem Willen zu unterwerfen. Ich vertraue darauf, daß Euer Exzellenz als alter Soldat sowohl den Gesichtspunkt der Disziplin als meine durch die Zeit gebotene offene Sprache verstehen und das Ihre dazu beitragen werden, den Stolz und die Freude des Volkes über den Siegespreis, den es erkämpfen wird, nicht zu beeinträchtigen.
>
> Die Veröffentlichung dieses Briefwechsels ist keine Enthüllung. Er gehört längst zu den Kronjuwelen in den Schatzkammern der illegalen Kriegslitteratur. Von einer den Schatzkammern der Konservativen über diese alldeutsche Entrüstung der Konservativen über diese alldeutsche Drohung mit der Revolution ist aber bisher nichts bekannt geworden.

Starke Vorstöße der Engländer bei Bullecourt und der Franzosen bei Nauroy und am Pöhlberge fehlgeschlagen. 240 Gefangene.

(W. T. B.) Amtlich. Großes Hauptquartier, den 22. Mai 1917.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht:

Im Ypern-Abschnitt, bei Loos, Oppy und in breiter Front südlich der Scarpe war die Kampftätigkeit der Artillerie tagsüber lebhaft.

Bei mehreren starken Vorstößen, die vormittags bei Bullecourt, später bei Croisilles einsetzten und völlig fehlschlugen, erlitten die Engländer dichte Verluste und büßten über 90 Gefangene ein.

Heeresgruppe Kronprinz:

Zwischen den Höhen des Chemin des Dames und der Aisne, nördlich von Reims und vom Oberen Beste- bis zum Suippestale entwickelten sich zeitweilig heftige Artilleriekämpfe.

Südwestlich und südlich von Nauroy griffen die Franzosen im Laufe des Tages mehrmals unsere Höhenstellungen an. Die dort fechtenden württembergischen Regimenter schlugen den Feind im Gegenstoß zurück und behielten über 150 Gefangene ein.

Abends brach ein französischer Vorstoß am Südhang des Pöhlberges (südöstlich von Maronvilliers) zusammen.

Oestlich der Maas lebte gestern das Feuer auf; es kam dort zu kleinen Vorfeldgefechten, die uns Gefangene einbrachten.

Eine unserer Jagdstaffeln schoß im gleichzeitigen Angriff bei Boupancourt (nordwestlich von Reims) fünf feindliche Fesselballone in Brand.

Heeresgruppe Herzog Albrecht.

Nichts Neues.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Die Lage ist unverändert.

Mazedonische Front.

Zwischen Prespa-See und Cerna, auf beiden Wardar-Ufern und an der Struma zeigte sich feindliche Artillerie wieder tätiger als in den Vortagen.

Der erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Luftschlachten in der Champagne.

Berlin, 22. Mai. Die eigenen und die feindlichen Flieger waren gestern an den Hauptkampffronten außerordentlich tätig. In der Champagne entwickelten sich in Verbindung mit den neuen französischen Angriffen wahre Luftschlachten. Nachdem gegen Mittag ein einheitlich angelegter Erkundungsvorstoß starker feindlicher Geschwader abgeschlagen worden war, faßte der Gegner nachmittags eine gewaltige Menge von Jagdflugzeugen zusammen und warf sie gleichzeitig mit einem Angriffe auf der Erde in den Kampf. Unsere Flieger traten den feindlichen in geschlossenen Geschwadern entgegen und drängten sie nach hartem Ringen über die Linie zurück. Der Gegner büßte 14 Flugzeuge ein, unter ihnen das zwölfte des Oberleutnants Ritter v. Tutschek. Außerdem verlor der Gegner auf dem Balkan ein Flugzeug. — Lager und Truppenunterkünfte hinter den Hauptschlachtfronten wurden in zahlreichen Angriffen mit Bomben belegt.

Schweres Brandunglück in Ober-Neuth.

Brambach i. B., 22. Mai. Bei sturmartigem Ostwind wurde gestern der benachbarte böhmische Ort Ober-Neuth von einem furchtbaren Brandunglück heimgesucht. Von den etwa 60 Gehöften des Dorfes gingen 29 mit allen Nebengebäuden in Flammen auf. Das Feuer brach gegen 11 Uhr im Roglerschen Anwesen aus und verbreitete sich mit rasender Geschwindigkeit über den ganzen Ort. Die Bewohner haben so gut wie nichts retten können. Auch viel Vieh ist in den Flammen umgekommen. Der 17jährige, etwas beschränkte Sohn des Rogler hatte den Brand angelegt. Er flüchtete hierauf und stellte sich in Asch der Gendarmerie.

Lwow und Terestschenko über die Lage.

Nach der Programmerklärung der neuen russischen Regierung liegen nunmehr Erläuterungen der russischen Situation durch zwei Minister vor. Der russische Ministerpräsident, Fürst Lwow, hat Vertretern der Presse auseinandergesetzt, die neue Regierung stehe vor einer großen Aufgabe, nämlich, sobald wie möglich die aus den Fugen gerissene Existenz des Landes wieder in gute Wege zu leiten. Die Regierung meint, daß ihre erste Aufgabe in der Stärkung der Kraft der Armee bestehe, die den Gesechtswert für die Offensive besitzen müsse, um den Feind außerhalb der Landesgrenzen zu werfen und vor allem die Bundesgenossen kräftig zu unterstützen. Das Land weiß, daß der Gefechtswert der Armee gesunken sei und zwar nicht nur infolge der minderwertigen Nahrungsmittelversorgung und den Munitions- und Fourageschwierigkeiten, sondern auch wegen der verkehrten Auffassung über die Kriegsziele.

Zum Schluß äußerte Fürst Lwow:

> Die Regierung hält es daher für ihre Pflicht, klar und endgültig zu erklären, daß sie offen dem Abschluß eines schnellen Friedens strebt. Aber indem sie von einem Frieden ohne Annexionen und Kriegsentschädigungen spricht, erklärt die Regierung, daß es sich nicht um passive Verteidigung handelt. Die tatsächlich an der Front eingetretene Lähmung, die es dem deutschen Reichskanzler ermöglichte, die Vermutung eines Rußland entehrenden Sonderfriedens in Worte zu fassen, die Waffenruhe muß aufhören. Das Land soll sein gebieterisches Wort sprechen und sein Heer zu den Kampf schicken. Das freie Heer Rußlands, fest zusammengeschweißt durch die Manneszucht, die auf dem wechselseitigen Vertrauen der Offiziere und Soldaten beruht, wird den Bundesgenossen eine kräftige Hilfe bringen. Der Waffenstillstand an der Front ist unvereinbar mit der Ehre und Würde Rußlands, ganz ebenso wie der Bürgerkrieg. Wir müssen im Lande ein geregeltes Leben und die Ordnung wieder herstellen. Das sind die Grundprobleme, auf die die neue Regierung alle ihre Anstrengungen richten muß.

Zu den Kriegszielen hat sich der Kollege des Ministerpräsidenten, der Minister des Auswärtigen Terestschenko geäußert. In einer Unterredung, die er den Vertretern der Presse gewährte, sagte er:

> Sie fragen mich nach meinem Programm. Sie können es in der Erklärung der neuen vorläufigen Regierung, die zur Macht im freien Rußland berufen ist, lesen. Das Programm ist kurz, aber bedeutungsvoll, nämlich: **Die möglichst schnelle Wiederherstellung eines allgemeinen Friedens**, eines Friedens, der weder das Ziel hat, andere Völker zu beherrschen, noch sie ihres nationalen Erbes zu berauben, noch auch gewaltsam fremde Gebiete wegnehmen — eines Friedens ohne Annexionen und Entschädigungen, der sich auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker gründet, eines Friedens, der erreicht wird in enger unlöslicher Vereinigung mit den Demokratien der Alliierten.

Der Minister erklärte sich dann für einen „gerechten Frieden":

> Die von Deutschland Frankreich beigebrachte Wunde blutet 45 Jahre lang offen. Die Hoffnung der Elsaß-Lothringer auf eine bessere Zukunft ist bis jetzt noch nicht gestorben, und heute haben sie ein Recht, die Verwirklichung ihres Ideals zu erhoffen. Kränkungen und Ungerechtigkeit werden nicht vergessen. Gewalt zeugt Haß. Das befreite Rußland will das weder für sich, noch für die anderen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19170522/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG